

## Deutschlands Kriegsbilanz (III)

26.09.2016



BERLIN/TRIPOLIS

(Eigener Bericht) - Fünf Jahre nach den NATO-Angriffen auf Libyen rechnet ein Ausschuss des britischen Parlaments schonungslos mit dem Krieg und den angeblichen Kriegsursachen ab. Die Kernbegründung der im März 2011 gestarteten westlichen Intervention, Muammar al Gaddafi habe ein Massaker an der Bevölkerung von Benghazi geplant, das verhindert werden müsse, sei nicht mit belastbaren Argumenten zu belegen und vermutlich falsch, urteilt der Parlamentsausschuss unter Berufung auf international

renommierte Experten. Tatsächlich hätten äußere Interessen die entscheidende Rolle gespielt. Über Frankreich etwa heißt es unter Berufung auf französische Geheimdienstoffiziere, es sei Präsident Nicolas Sarkozy um stärkeren Zugriff auf libysches Erdöl, größeren politischen Einfluss in Nordafrika und die Demonstration militärischer Macht gegangen. Der Zerfall des libyschen Staates und das Erstarken militanter Islamisten seien von Anfang an zu erwarten gewesen. Die Vorwürfe treffen auch Berlin: Während die Bundesregierung dem Krieg offiziell ihre Zustimmung verweigert hat - nicht zuletzt aus Gründen deutsch-französischer Rivalität -, hat sie sich an ihm mit der Entsendung von mehr als hundert deutschen Soldaten in die kriegführenden NATO-Hauptquartiere beteiligt. Der Krieg hat das Land ökonomisch, sozial und politisch in hohem Maße zerstört; Libyen steht vor dem Absturz in einen langandauernden, umfassenden Bürgerkrieg.

### Deutsche Kriegsbeteiligung

Der NATO-Krieg gegen Libyen, der im März 2011 vor allem auf französische Initiative gestartet wurde, ist mit aktiver deutscher Unterstützung geführt worden. Zwar hat die Bundesregierung sich bei der Abstimmung im UN-Sicherheitsrat über die Einrichtung einer "Flugverbotszone" über Libyen enthalten und anschließend auch keine Kampf-, Aufklärungs- oder Tankflugzeuge für die Angriffe auf das Land bereitgestellt - in Fortführung ihrer Strategie, zwar für Militäreinsätze in deutschem Interesse insbesondere in Südosteuropa Unterstützung aus der EU einzufordern, Kriege in französischem Interesse aber nach Möglichkeit zu verhindern.[1] Zugleich hat Berlin jedoch unmittelbar nach Kriegsbeginn der Entsendung zusätzlicher deutscher Soldaten nach Afghanistan zugestimmt, um dort Militärs anderer NATO-Staaten für den Libyen-Krieg freizusetzen. Zudem hat sie nicht nur Bundeswehr-Offiziere in den NATO-Kommandostrukturen belassen, die den Krieg steuerten; sie hat darüber hinaus 66 Offiziere und 37 Unteroffiziere in die kriegführenden NATO-Hauptquartiere entsandt. Wie das Bundesverteidigungsministerium ausdrücklich bestätigt, hatten Soldaten der Bundeswehr nicht nur mit der Kommunikation im libyschen Luftraum zu tun, sondern auch mit der "Zielauswahl".[2] Zudem haben Politiker, die heute an exponierter Stelle tätig sind, die Bundesregierung wegen der Enthaltung im UN-Sicherheitsrat scharf kritisiert. Werde man von Rebellen gegen Despoten zu Hilfe gerufen, dann dürfe man "nicht als erstes die Angst haben, wo es endet", sondern müsse "Freude" zeigen, "dass es beginnt", und die Revolten unterstützen, sagte Joachim Gauck, heute Bundespräsident, Anfang Juni 2011 mit Blick auf Libyen.[3]

### Interventions-PR

Eine schonungslose Abrechnung mit solchen Äußerungen, wie sie damals auch in deutschen Medien verbreitet waren, hat in diesem Monat ein Ausschuss des britischen Parlaments vorgelegt. Der Ausschuss war beauftragt worden zu prüfen, ob die 2011 genannten Kriegsgründe triftig und die Politik der kriegführenden Mächte von der erforderlichen Umsicht gesteuert waren. Um diese Fragen zu klären, lud der Ausschuss international führende Libyen-Experten vor - und bekam von ihnen Bemerkenswertes zu hören. Demnach war eine international renommierte Wissenschaftlerin, als sie 2011 mit zuständigen Stellen im Foreign Office über die Entwicklung in Libyen konferierte, "schockiert" über das Ausmaß an Unkenntnis über Gesellschaft, Geschichte und Politik des Landes, mit dem sie bei kriegsplanenden Stellen konfrontiert wurde.[4] Sie und andere Fachleute hielten es im März 2011 für äußerst unwahrscheinlich, dass Muammar al Gaddafi ein Massaker im aufständischen Benghazi anordnen würde; mit einem solchen Szenario waren damals die westlichen Angriffe auf Libyen begründet worden. Gaddafi habe weder bei früheren Unruhen noch bei der Einnahme aufständischer Städte wie Ajdabiya im März 2011 Massenmorde an Zivilisten verüben lassen, bestätigten unabhängige Experten dem Parlamentsausschuss. Anderslautende Behauptungen seien vor allem von interessierten Exil-Libyern und von Medien aus Gaddafi gegenüber feindlich eingestellten Staaten wie Qatar (Al Jazeera) verbreitet worden. Politik und Medien Großbritanniens hätten sie freilich gerne geglaubt.

### Die Kriegsziele

In diesem Zusammenhang benennt der Ausschussbericht ausführlich die französischen Interessen, die

der Ende Februar 2011 gestarteten Kriegsinitiative des damaligen Präsidenten Nicolas Sarkozy zugrunde lagen. Als Quelle werden französische Geheimdienstoffiziere genannt. Diesen zufolge ging es Sarkozy darum, einen stärkeren Zugriff auf die libysche Erdölproduktion zu bekommen, "Frankreichs Einfluss in Nordafrika zu vergrößern", dem französischen Militär Gelegenheit zu bieten, der Welt seine Stärke zu demonstrieren, und Gaddafis Pläne zu durchkreuzen, Paris als Vormacht im französischsprachigen Afrika abzulösen. Auch das Bestreben, innenpolitisch Prestige zu gewinnen - Sarkozy konnte sich damals bei der Lösung der Eurokrise nicht gegen die deutsche Kanzlerin behaupten und war in der Defensive -, hat demnach eine Rolle für die Entscheidung zum Krieg gespielt. Diese Interessen, die in London nicht nur auf Verständnis, sondern teils auch auf identische Absichten stießen, ließen die Frage, ob in Benghazi im März 2011 wirklich ein Massaker drohte, ziemlich gleichgültig erscheinen - zur Kriegslegitimation war die Behauptung, man müsse eines befürchten, allemal geeignet. US-Medien haben die damalige Kriegs begründung inzwischen denn auch mit der Erfindung angeblicher Massenvernichtungswaffen im Irak des Jahres 2003 parallelisiert.[5]

### Staatskollaps und Jihadisten

Der britische Parlamentsausschuss hält darüber hinaus fest, dass der totale Zusammenbruch des libyschen Staates nach Gaddafis Sturz alles andere als überraschend gewesen sei. Libyen sei ein Land ohne stabile staatliche Strukturen gewesen, bestätigte dem Ausschuss die Libyen-Expertin Allison Pargeter: Es sei klar gewesen, dass man, indem man "Gaddafi entfernte, alles entfernte". In der Tat kollabierten die Repressionsbehörden, das Rechtswesen und die staatlichen Behörden in kürzester Zeit. Klar ist Experten zufolge auch gewesen, dass im libyschen Aufstand von Anfang an militante Islamisten ein bedeutender Faktor waren. Dass sie nach dem Umsturz bald eine führende Rolle in Libyen spielten und inzwischen sogar Raum für den "Islamischen Staat" (IS/Daesh) sowie für weitere Jihadisten geschaffen haben, kam für aufmerksamere Beobachter in der Tat keinesfalls unerwartet (german-foreign-policy.com berichtete [6]).

### Zerstörtes Land

Der von ökonomisch-politischen Interessen der NATO-Mächte geleitete und darüber hinaus durch die Ignoranz westlichen Machtbewusstseins begünstigte Krieg hat Libyen in erschütternde Verhältnisse gestürzt. Allein durch die Kriegshandlungen des Jahres 2011 kamen Schätzungen zufolge rund 20.000, vielleicht sogar deutlich mehr Menschen ums Leben. Die Zahl der Todesopfer, die seither zu verzeichnen sind, ist unbekannt; die Zahl der Binnenflüchtlinge wird aktuell auf rund 400.000 geschätzt. Die libysche Wirtschaft ist abgestürzt; verzeichnete das Land 2010 noch ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) von rund 75 Milliarden US-Dollar (12.250 US-Dollar pro Kopf der Bevölkerung, vergleichbar mit manchen europäischen Staaten), so wies es 2014 ein BIP von rund 41 Milliarden US-Dollar (7.820 US-Dollar pro Kopf der Bevölkerung) auf. Mittlerweile ist die libysche Wirtschaft noch weiter eingebrochen; verlässliche Zahlen liegen nicht vor. Auf dem Human Development Index der Vereinten Nationen ist Libyen von Rang 53 (2010) auf Rang 94 (2015) gesunken - mit weiterhin fallender Tendenz. Laut den Vereinten Nationen ist ungefähr die Hälfte der 6,3 Millionen Libyer unmittelbar von den bewaffneten Konflikten im Land betroffen; 2,4 Millionen Menschen benötigen humanitärer Hilfe in der einen oder anderen Form. Aktuell steht das schwer zerstörte Land vor einer erneuten Eskalation des Bürgerkriegs, in dem sich Milizen aller Art und hochgerüstete Jihadisten an zahllosen Fronten gegenüberstehen.

### Kein Erfolg

Bei alledem haben die westlichen Mächte ihre Kriegsziele in Libyen nicht erreicht und versuchen nun - bislang vergeblich und ohne größere Erfolgsaussichten -, das Land mit Hilfe einer von außen eingesetzten "Übergangsregierung" unter Kontrolle zu bekommen (german-foreign-policy.com berichtete [7]). Sogar der traditionelle Erdölfluss ist stark reduziert und beispielsweise im Falle des deutschen Erdöl- und Erdgaskonzerns Wintershall vollständig zum Erliegen gekommen.[8] Das mindert freilich die Kriegsschuld der NATO-Mächte, an der auch die Bundesrepublik Anteil hat, nicht.

Mehr zum Thema: [Deutschlands Kriegsbilanz \(I\)](#) und [Deutschlands Kriegsbilanz \(II\)](#).

[1] S. dazu [Die Abkopplung Frankreichs](#).

[2] Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesverteidigungsministerium, Thomas Kossendey, auf eine schriftliche Frage des Abgeordneten Hans-Christian Ströbele. Berlin, 08.09.2011.

[3] Christian Geyer: Frech und frei. www.faz.net 05.06.2011.

[4] Zitate hier und im Folgenden: House of Commons, Foreign Affairs Committee: Libya: Examination of intervention and collapse and the UK's future policy options. Third Report of Session 2016-17. London, September 2016.

[5] Hillary Clinton's WMD moment: US intelligence saw false narrative in Libya. The Washington Times 29.01.2015.

[6] S. dazu [Wichtiger als Menschenrechte](#) und [Eine Atmosphäre der Straflosigkeit](#).

[7] S. dazu [Gegen Terror und Migration](#) und [Gegen Terror und Migration \(II\)](#).

[8] S. dazu [Die Erdöl-Schutztruppe](#).

## Deutschlands Kriegsbilanz (II)

14.09.2016



BERLIN/KABUL

(Eigener Bericht) - Beinahe 15 Jahre nach dem Beginn des NATO-Kriegs in Afghanistan und der unter starker deutscher Beteiligung durchgeführten Besatzung herrschen in dem Land katastrophale ökonomische und soziale Verhältnisse sowie eine miserable Sicherheitlage. Dem Krieg sind seit 2001 laut einer umfassenden Analyse mehr als 220.000 Menschen direkt oder indirekt zum Opfer gefallen. Die Sicherheitslage im Land hat sich zuletzt laut Einschätzung des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestags "dramatisch verschärft". Soldaten müssen inzwischen, wenn sie von einem Standort zum nächsten wechseln wollen, aus Sicherheitsgründen fliegen, weil die Fahrt mit gepanzerten Autos auf der Straße als unvermeidbar gefährlich gilt. Die Zahl der afghanischen Flüchtlinge wird von den Vereinten Nationen aktuell auf 1,1 Millionen geschätzt - mit steigender Tendenz. Wichtigster Wirtschaftszweig ist weiterhin der Opiumanbau; 39,1 Prozent der Afghanen leben nach nationalen Standards in Armut, 2,7 Millionen sind unterernährt. Lediglich die Bundeswehr kann positive Tendenzen erkennen und rät zu "Geduld und Ausdauer". - (Teil 2 einer Serie, in der german-foreign-policy.com - aus Anlass der Ankündigung Berlins, in Zukunft stärker "global" intervenieren zu wollen, auch militärisch - die Folgen der deutschen Kriege aus den vergangenen zwei Jahrzehnten bilanziert.)

### Aufstandsunterstützung

Die Bundeswehr kann in Afghanistan bereits auf eine mehr als 30-jährige Interventionsgeschichte zurückblicken. Schon in den 1980er Jahren waren bundesdeutsche Soldaten und der Bundesnachrichtendienst (BND) in den damaligen Afghanistankrieg involviert - im Unterschied zu heute auf Seiten der Aufständischen. Hintergrund war, dass Ende der 1970er Jahre Unruhen gegen Modernisierungsbestrebungen der afghanischen Regierung das Land zu erschüttern begannen; ultrakonservative, teils jihadistische Mujahedin wurden in ihrem Kampf gegen die prosowjetische Regierung in Kabul seit Mitte 1979 von den USA und bald auch von der Bundesrepublik gefördert, während die Sowjetunion Ende 1979 Truppen zur Unterstützung der Regierung an den Hindukusch entsandte. Im damaligen Stellvertreterkrieg sprangen einzelne Soldaten der Bundeswehr - offiziell hatten sie dafür Urlaub genommen - den Mujahedin bei, etwa als Sanitäter; diverse "Gotteskrieger", wie man sie damals nannte, erhielten Ausbildung durch den BND oder auch durch die Grenzschutz-Spezialtruppe GSG 9. Der BND lieferte Winterkleidung sowie Nachtsicht- und Minensuchgeräte; die Aufständischen wurden mit Spionageerkenntnissen bundesdeutscher Stellen vor allem über Bewegungen der afghanischen und der sowjetischen Streitkräfte versorgt. Einige bundesdeutsche Elitesoldaten seien sogar mit den Mujahedin durch die afghanischen Berge gezogen und dabei gelegentlich in "Feindkontakt" geraten, berichtet ein Teilnehmer der damaligen Bundeswehr-Operationen.[1] Offiziell dienten die deutschen Maßnahmen der "Befreiung" des Landes vom Kommunismus; faktisch blieb Ende der 1980er Jahre ein auch mit Hilfe bundesdeutscher Militärs und Agenten weithin zerstörtes Land zurück.

### Aufstandsbekämpfung

In den 1990er Jahren zeigte die Bundesrepublik keinerlei Interesse an Afghanistan, das nach dem Abzug der sowjetischen Truppen und dem Scheitern der an Moskau orientierten Regierung für die NATO-Staaten keinerlei strategische Bedeutung mehr besaß, dessen erschütternder Zustand allerdings die Übernahme der Macht durch die Taliban ermöglichte: Diese galten damals vielen Afghanen als die im Vergleich zu den Mujahedin weniger blutige Herrschaftsalternative. Das deutsche Interesse an Afghanistan kehrte erst nach dem 11. September 2001 zurück, als das Land wegen des mörderischen Terrors einer Gruppe von Jihadisten, mit denen die NATO-Staaten in den 1980er Jahren gegen die sowjetischen Truppen kooperiert hatten [2] und die nun unter dem Label "Al Qaida" firmierten, zum zweiten Mal ins Visier der westlichen Mächte geriet. Mit großem Gestus beteiligte sich Berlin nicht nur an der Besetzung des Landes, sondern auch an den Bestrebungen, Afghanistan eng an den Westen zu binden, organisierte dazu Ende 2001 in Bonn die internationale "Petersberg-Konferenz" und im folgenden Jahr eine afghanische Loya Jirga in Kabul. Allerdings konnten die umfangreichen Besatzungsaktivitäten den wachsenden Unmut im Lande nicht stillen, der schon nach wenigen Jahren zu ersten erbitterten Aufständen gegen die westlichen Truppen führte. Bald versank Afghanistan in einem Besatzungskrieg.

### Im Zermübungskrieg

Die aktuelle Lage des Landes nach fast 15 Jahren westlicher Besatzung ist katastrophal. Der Krieg hält an und eskaliert inzwischen sogar immer wieder. Bereits im vergangenen Jahr bezifferte eine umfassende Analyse die Zahl der direkten und indirekten Todesopfer auf mehr als 220.000 [3]; hinzu kommen 80.000 Todesopfer im angrenzenden Pakistan. Zudem haben die Kämpfe 1,1 Millionen Afghanen auf die Flucht getrieben. Ein Ende ist nicht in Sicht; im Gegenteil: Einem Bericht zufolge

stehen die von deutschen Soldaten angeleiteten afghanischen Truppen in Kunduz, einer früheren Schwerpunktregion der Bundeswehr, in einem "Zermürbungskrieg".[4] Allein im ersten Halbjahr 2016 sind 1.601 Zivilisten bei Kampfhandlungen oder Anschlägen zu Tode gekommen; 3.565 weitere wurden dabei verletzt. Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestags, Hans-Peter Bartels (SPD), spricht von einer gravierenden Zuspitzung der Verhältnisse: "Die Sicherheitslage im Land hat sich dramatisch verschärft".[5] Soldaten müssten heute, wenn sie von einem Stützpunkt zu einem anderen wechseln wollten, per Hubschrauber fliegen, da die Nutzung der Straßen sogar mit gepanzerten Fahrzeugen zu gefährlich sei. Selbst Entwicklungshelfer wagen sich laut Berichten nur noch selten aus ihren Hochsicherheitsbüros an die Standorte der von ihnen geführten Projekte; weil die Kosten für die notwendigen Schutzmaßnahmen exzessiv gestiegen sind, wird sogar über die Einstellung der Entsendung westlichen Personals diskutiert.[6]

### Hunger und Not

Mindestens ebenso verheerend ist die sozioökonomische Lage Afghanistans. Die Wirtschaft liegt am Boden; das Land ist finanziell in höchstem Maß von Unterstützung aus dem Ausland abhängig. Eine eigenständige Produktion existiert kaum; Importen in Höhe von 7,7 Milliarden US-Dollar standen im Jahr 2014 Exporte im Wert von lediglich 571 Millionen US-Dollar gegenüber. Aufgrund der katastrophalen Lage ist das Interesse auswärtiger Firmen minimal; im Gesamtjahr 2014 flossen Investitionen in Höhe von gerade einmal 54 Millionen US-Dollar nach Afghanistan. "Über vier Fünftel der Wirtschaft spielen sich vor dem Hintergrund politischer Unsicherheiten und fehlender Rechtsstaatlichkeit im informellen Sektor ab", berichtete die bundeseigene Außenwirtschaftsagentur Germany Trade and Invest (gtai) im vergangenen Jahr; dabei bleibe "der Anbau von Schlafmohn für Opium und Heroin" mit Abstand "wichtigster Faktor der afghanischen Schattenwirtschaft".[7] 39,1 Prozent aller Afghanen leben laut Angaben der Asian Development Bank unterhalb der nationalen Armutsgrenze; aktuell sind 2,7 Millionen der rund 30 Millionen Afghanen unterernährt, darunter eine Million Kinder im Alter von weniger als fünf Jahren. Die Kindersterblichkeit im ersten Lebensjahr liegt in Afghanistan bei 66 von 1.000 (in Deutschland beträgt sie vier von 1.000, allerdings in den ersten fünf Lebensjahren). Armut und Elend werden aktuell unter anderem dadurch verschlimmert, dass zahlreiche Flüchtlinge in Zelten leben und zur Zeit täglich annähernd 5.000 weitere Flüchtlinge aus Pakistan nach Afghanistan abgeschoben werden. Der herannahende Winter ist am Hindukusch bitter kalt.

### 37 Jahre

Positive Entwicklungen kann lediglich die Bundeswehr erkennen, die laut eigenen Angaben in Afghanistan nicht Krieg führt, sondern sich dort "engagiert".[8] "In überwiegendem Maße" gelinge es der afghanischen Armee, "ein sicheres Lebensumfeld für die Bevölkerung zu gewährleisten", erklärt der Leiter der "Einsatzgruppe Afghanistan" im Einsatzführungskommando der Bundeswehr, Oberst Jörn Jakschik. Die Ausbildung der afghanischen Soldaten mache "gute Fortschritte", wird Jakschik zitiert; "sichtbare Ergebnisse" seien "insbesondere in der Operationsführung erzielt worden". Man müsse nur "weiterhin Geduld und Ausdauer" zeigen; Afghanistan benötige eben "einen langen Atem". Konkrete Zeitangaben vermeidet der Oberst. Afghanistan befindet sich - auch dank der bundesdeutschen Aufstandsunterstützung der 1980er Jahre und der Aufstandsbekämpfung der Bundeswehr in den Jahren ab 2001 - seit fast 37 Jahren ohne längere Unterbrechung im Krieg.

Mehr zum Thema: [Deutschlands Kriegsbilanz \(I\)](#).

[1] Peter F. Müller, Michael Mueller (mit Erich Schmidt-Eenboom): Gegen Freund und Feind. Der BND: Geheime Politik und schmutzige Geschäfte. Hamburg 2002. Unser Krieg. ZDF 08.10.2013. S. auch [Der Krieg kehrt heim \(II\)](#).

[2] Steve Coll: Ghost Wars. The Secret History of the CIA, Afghanistan, and bin Laden, from the Soviet Invasion to September 10, 2001. New York 2004. S. auch [Vom Nutzen des Jihad \(II\)](#).

[3] IPPNW: Body Count. Opferzahlen nach 10 Jahren "Krieg gegen den Terror". Irak - Afghanistan - Pakistan. Berlin, September 2015.

[4] Marco Seliger: Im Zermürbungskrieg gegen die Taliban. Frankfurter Allgemeine Zeitung 08.09.2016.

[5] Wehrbeauftragter: Sicherheitslage dramatisch verschärft. www.mdr.de 11.09.2016.

[6] Friederike Böge: Hilfe per Fernsteuerung. Frankfurter Allgemeine Zeitung 15.08.2016.

[7] Katrin Pasvantis: Wirtschaftstrends Jahresmitte 2015. Afghanistan. www.gtai.de 19.08.2015.

[8] 15 Jahre nach 9/11: Afghanistan braucht "Geduld und Ausdauer". www.bundeswehr.de 12.09.2016.

## Deutschlands Kriegsbilanz (I)

07.09.2016

BERLIN/PRISTINA

(Eigener Bericht) - Rund 17 Jahre nach dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien und dem Beginn der Besetzung des Kosovo auch durch Deutschland bescheinigen Beobachter dem De-facto-Protectorat desolate politische, ökonomische und soziale Verhältnisse. Die Folgen des ersten Kriegs, in dem die Bundesrepublik eine wirklich bedeutende Rolle spielte, sind katastrophal: Unter faktischer Kontrolle der EU herrscht in Priština eine Elite, die enger Verflechtungen mit der Organisierten Kriminalität und schwerster Kriegsverbrechen bezichtigt wird und deren ausufernde Korruption in der Bevölkerung zunehmend frustrierte Resignation bewirkt. 34 Prozent der Bevölkerung leben in absoluter, zwölf Prozent in extremer Armut; die Gesundheitsversorgung ist miserabel, die Lebenserwartung liegt um fünf Jahre unter derjenigen der angrenzenden Staaten und um zehn Jahre unter dem Durchschnitt der EU. Blutige Racheaktionen mit Schusswaffen würden "beharrlich betrieben", heißt es darüber hinaus in einem Bericht, der vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Auftrag gegeben wurde und der auf die auch sonst erschütternde Lage in puncto Menschenrechte verweist. - (Teil 1 einer Serie, in der german-foreign-policy.com - aus Anlass der Ankündigung Berlins, in Zukunft stärker "global" intervenieren zu wollen, auch militärisch - die Folgen der deutschen Kriege aus den vergangenen zwei Jahrzehnten bilanziert.)

De-facto-Protectorat

Rund 17 Jahre nach dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien und der anschließenden Besetzung der südserbischen Provinz Kosovo auch durch die Bundeswehr wird das Kosovo von den Mächten der EU auch weiterhin faktisch als Protectorat geführt. Die EU ist in der Hauptstadt Priština mit einem Sonderbeauftragten präsent, der schon deswegen über massiven Einfluss verfügt, weil die EU die kosovarische Regierung mit hohen Zuschüssen funktionsfähig hält. Seit 1999 sollen zwischen fünf und sechs Milliarden Euro nach Priština geflossen sein, wenngleich ein mutmaßlich hoher Anteil daran in die Taschen korrupter Politiker oder Staatsangestellter geflossen ist. Die EU übt darüber hinaus mit ihrer "Rechtsstaatsmission" EULEX ("European Rule of Law in Kosovo") erheblichen Einfluss im Sezessionsgebiet aus, wobei ihr immer wieder vorgeworfen wird, selbst zutiefst in die kosovarische Korruption verstrickt zu sein.[1] Auch die NATO-Truppe KFOR (Kosovo Force) ist bis heute im Kosovo stationiert, um größere Aufstände oder auch soziale Konflikte bei Bedarf niederschlagen zu können. Sie wird seit Jahren abwechselnd von deutschen und italienischen Generälen kommandiert. Der Anspruch der südserbischen Provinz auf Eigenstaatlichkeit wird bis heute nur von 109 der insgesamt 193 UN-Mitgliedstaaten anerkannt; sogar die EU ist gespalten, fünf EU-Staaten (Griechenland, Rumänien, Slowakei, Spanien, Zypern) verweigern ihr trotz massiven deutschen Drucks die Anerkennung - bis heute.

Kriegsverbrechen, Organisierte Kriminalität

Gegen die kosovarischen Eliten, die sich unter der Aufsicht insbesondere der EU in Priština an der Macht halten, werden ungebrochen schwere, ja schwerste Vorwürfe wegen Korruption und wegen Kriegsverbrechen erhoben. EULEX ist es, wie Beobachter kritisieren, seit dem Beginn ihrer Arbeit im Jahr 2008 nicht gelungen, auch nur einen einzigen führenden kosovarischen Politiker einer Verurteilung wegen Korruption zuzuführen. Als starker Mann des Sezessionsgebietes gilt seit 1999 Hashim Thaçi, der gegenwärtig als Präsident in Priština amtiert. Thaçi wird seit je als Anführer der kosovarischen Mafia eingestuft; gegen ihn sind mehrfach Vorwürfe erhoben worden, selbst oder über enge Mitarbeiter in den Mord an Serben, die Entnahme ihrer Organe und den Handel damit involviert gewesen zu sein (german-foreign-policy.com berichtete [2]). Ähnliches wird einer Reihe weiterer kosovarischer Spitzenpolitiker vorgeworfen, etwa Ramush Haradinaj.[3] Trotz massiver Obstruktion des kosovarischen Parlaments wird in Kürze ein Sondergericht erste Anklagen wegen kosovarischer Kriegsverbrechen erheben; sie könnten auch kosovarische Spitzenpolitiker treffen. Die Chance, dass es - 17 Jahre nach den Taten - zu Verurteilungen kommt, muss als nicht allzu günstig eingeschätzt werden: Zu dem langen zeitlichen Abstand kommt die Erfahrung hinzu, dass bereits bei den - wenigen - früheren Verfahren Zeugen entweder überraschend ums Leben kamen oder angesichts der sich häufenden Zahl derartiger Todesfälle ihre Bereitschaft zur Aussage gegen die neuen Machthaber in Priština zurückzogen. Die mutmaßlichen Täter kamen bislang straffrei davon.

Beschäftigungsquote: 28 Prozent

Die von der EU im Amt gehaltene korrupt-mafiöse Führung in Priština verantwortet nicht nur eine weitreichende politische Frustration in der Bevölkerung; die Wahlbeteiligung sank im Jahr 2014 trotz der Wählermobilisierung interessierter Clans auf 42 Prozent. Auch Proteste drohen; im Januar 2015 etwa kam es kurz nach der Regierungsbildung zu den heftigsten Unruhen seit der Proklamation der Eigenstaatlichkeit im Jahr 2008. Die politische Kultur in Priština, die spürbar zur Resignation auf Seiten der kosovarischen Bevölkerung beiträgt, lässt sich nicht umfassend, aber doch in Ansätzen durch den Hinweis darauf beschreiben, dass Parlamentsdebatten in der Hauptstadt zuweilen mit Tränengas

geführt werden, zuletzt am 9. August.[4] Zudem verantworten die kosovarischen Eliten die desolate wirtschaftliche und soziale Lage in dem Gebiet. Das Kosovo verzeichnet ein Pro-Kopf-Einkommen von durchschnittlich weniger als 2.800 Euro im Jahr und ist vollständig von Hilfen der EU und Rücküberweisungen im Ausland lebender Kosovo-Albaner abhängig. Echter ökonomischer Aufschwung ist nicht in Sicht. Die Arbeitslosigkeit ist exzessiv hoch; die Beschäftigungsquote liegt bei gerade einmal 28 Prozent.[5] 34 Prozent der Bevölkerung leben laut einem Bericht, der im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erstellt wurde, mit einem täglichen Durchschnittseinkommen von weniger als 1,55 Euro in absoluter Armut, zwölf Prozent mit einem Durchschnittseinkommen von weniger als 1,02 Euro sogar in extremer Armut, wobei Minderheiten wie Roma dem Bericht zufolge "überproportional stark betroffen" sind. Das Sozialsystem ist laut dem BAMF-Bericht "nur rudimentär ausgebaut und bietet keine angemessene Versorgung"; das Gesundheitssystem stagniert ebenfalls "auf einfachem Niveau". "Der Gesundheitszustand der Bevölkerung ist entsprechend unbefriedigend", heißt es weiter in dem Dokument: "So liegt die Lebenserwartung um fünf Jahre niedriger als in den Nachbarstaaten und um zehn Jahre niedriger als in der EU." Die Kindersterblichkeit sei "die höchste in Europa".

#### Blutrache

Miserabel ist nicht zuletzt die menschenrechtliche Situation. So konstatiert der im Auftrag des BAMF erstellte Bericht, dass - 17 Jahre nach dem Einmarsch der NATO, die den Krieg gegen Jugoslawien 1999 im Namen der Menschenrechte vom Zaun brach - die kosovarischen Clans ganz ungehindert archaischen Normen huldigen. "Gerade bei der ländlichen Bevölkerung", heißt es höflich in dem Bericht, "sind althergebrachte Sitten, Tradition und Kultur noch sehr lebendig".[6] Unter "althergebrachten Sitten" ist demnach zum Beispiel zu verstehen, dass "nicht die staatlichen Institutionen und deren Sanktionsmöglichkeiten im Zentrum stehen, sondern die Familien oder Familienverbände (Clans)". Diese wiederum wendeten, heißt es, "ein Relikt aus dem albanischen Gewohnheitsrecht" an, nämlich "die Tradition der kosovo-albanischen Blutrache". Zwar sei "die reine Tradition der Blutrache" heute "nur noch vereinzelt anzutreffen"; davon zu unterscheiden seien allerdings allgemeine "Racheakte", bei denen "die Hemmschwelle, eine Schusswaffe zu benutzen, oft sehr niedrig" sei und die "beharrlich betrieben" würden.

#### Schüsse und Molotowcocktails

Entsprechend gestaltet sich die allgemeine Menschenrechtslage, die sich unter Protektoratsaufsicht der EU entwickelt hat. Ein Bericht der Vereinten Nationen verzeichnet für den Zeitraum vom 16. April bis zum 15. Juli insgesamt 86 gewalttätige "Zwischenfälle" - meist Angriffe auf Angehörige der serbischsprachigen Minderheit. Dazu zählten das Abfeuern von Schüssen auf das Haus eines serbischsprachigen Politikers und ein Molotowcocktailangriff auf eine von der Polizei geschützte Gruppe, die einen serbisch-orthodoxen Feiertag beging; nur aufgrund glücklicher Umstände kam niemand zu Schaden.[7] Wie Amnesty International berichtet, wurden im Jahr 2015 noch 1.650 Menschen vermisst, die während der bewaffneten Auseinandersetzungen der Jahre 1998 und 1999 verschwanden; die EU-Mission EULEX zog es vor, in Fällen, die serbischsprachige Bewohner des Kosovo betrafen, nicht angemessen zu ermitteln.[8] Minderheiten wie Roma oder Aschkali leiden laut Amnesty "weiterhin unter institutionalisierter Diskriminierung"; "tätliche Angriffe auf Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgeschlechtliche und Intersexuelle sowie andere Hassverbrechen", heißt es weiter, seien von den Behörden gar nicht erst untersucht worden. Dass zahlreiche Journalisten beklagen, ihrer Arbeit wegen Bedrohungen oder tätlicher Angriffe nicht angemessen nachgehen zu können, entspricht dem allgemeinen Befund.

#### Kein Grund zur Flucht

Die Verhältnisse im deutsch-europäischen Protektorat Kosovo haben die Einwohner der Provinz zuletzt in Scharen auf die Flucht getrieben. Allein von November 2014 bis März 2015 verließen mehr als 50.000 Kosovo-Albaner ihr Land; bei einer Einwohnerzahl von insgesamt 1,8 Millionen entspricht dies einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 2,78 Prozent. Einen Asylantrag in Deutschland stellten laut Auskunft des Bundesinnenministeriums im Jahr 2014 insgesamt 8.923 Einwohner des Kosovo, im Jahr 2015 37.095; zusammengenommen sind das gut 2,56 Prozent der Gesamtbevölkerung. Chancen auf Asyl haben sie faktisch nicht: Schließlich wurde ihr Land 1999 von Deutschland und der NATO "befreit"; Fluchtgründe, die aus Sicht der deutschen Behörden nachvollziehbar und zulässig sind, liegen also nicht vor.

[1] Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hg.): Kosovo. Länderreport Band 3. Aktuelle Lage, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechtslage. Mai 2015.

[2] S. dazu [Teil des Westens geworden](#) und [Ein privilegierter Partner](#).

[3] S. dazu [Politische Freundschaften](#) und [Heldenfigur](#).

[4] Adelheid Wölfl: Wieder Tränengaseinsatz im kosovarischen Parlament. [derstandard.at](#) 11.08.2016.

[5], [6] Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hg.): Kosovo. Länderreport Band 3. Aktuelle Lage, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechtslage. Mai 2015.

[7] Report of the Secretary-General on the United Nations Interim Administration Mission in Kosovo. UNSC S/2016/666, 29.07.2016.

[8] Amnesty Report 2016: Serbien (einschliesslich Kosovo). [www.amnesty.de](#).